



creating
sustainable growth
in europe

Midpoint-Policy-Debatten
Zusammenfassung

Auswärtiges Amt, Berlin
November 2007

Foreign & Commonwealth Office, London
Dezember 2007



Eine *Policy*-Forschungsinitiative der

Anglo-German Foundation
Deutsch-Britische Stiftung





Dieser Bericht bietet eine Zusammenfassung

der Reden, Präsentationen und Diskussionen bei den beiden *Policy*-Debatten, die im November und Dezember 2007 als *Midpoint*-Veranstaltungen der Forschungsinitiative *Nachhaltiges Wachstum für Europa (csge)* der Deutsch-Britischen Stiftung in Berlin und London stattgefunden haben.

Gastgeber des Berliner Treffens war Martin Kobler, Leiter der Kultur- und Kommunikationsabteilung des Auswärtigen Amtes; den Vorsitz führte der Publizist und Politikberater Heik Afheldt. Die Londoner Debatte wurde von Anthony Smith, Leiter der Unterabteilung European Political Affairs des Foreign & Commonwealth Office, ausgerichtet und von Stephanie Flanders (*BBC Newsnight*) geleitet. Unser Dank gilt allen Mitwirkenden, ob auf dem Podium, als Zuhörer oder hinter den Kulissen.

Weitere Informationen über die Initiative und die Forschungsergebnisse, die bei der wissenschaftlichen Konferenz im Anschluss an die Berliner *Policy*-Debatte präsentiert wurden, sind im Internet zu finden unter: <http://www.agf.org.uk/currentprogramme/CreatingSustainableGrowthInEurope.php>

Alle vier Forschungsprogramme der *csge*-Initiative werden ihre Arbeiten 2009 abschließen. Die Ergebnisse sollen dann in einer Publikationsreihe sowie auf verschiedenen Veranstaltungen präsentiert und in die öffentliche Debatte eingebracht werden.

Wenn Sie künftig Informationen der *csge*-Initiative oder Einladungen zu *csge*-Veranstaltungen erhalten möchten, können Sie sich unter der folgenden Adresse anmelden: <http://www.agf.org.uk/subscribe.php>



Ray Cunningham, Direktor der Deutsch-Britischen Stiftung;
Tony Atkinson, Vorsitzender des wissenschaftlichen *csge*-Beirates

Vorwort von Tony Atkinson

Die Welt ist im Umbruch – und damit auch die beiden Länder Deutschland und Großbritannien, die 1973 gemeinsam die Deutsch-Britische-Stiftung gründeten. Als sie ins Leben gerufen wurde, war das Vereinigte Königreich gerade der Europäischen Gemeinschaft beigetreten und hatte sich den sechs Gründungsmitgliedern angeschlossen. Berlin, die Stadt, in der 2007 die erste *Policy*-Debatte stattfand, war 1973 durch die Mauer geteilt. Zu dieser Zeit war die Welt politisch und ökonomisch mehrfach gespalten. Heute haben wir eine ganz andere Welt. Aus der Europäischen Gemeinschaft ist die Europäische Union mit 27 Mitgliedstaaten geworden. Die Sowjetunion gehört der Vergangenheit an. China, Brasilien und Indien sind auf dem Weg, Wirtschaftsräume mit immenser Bedeutung zu werden. Da darf es nicht wundern, dass die Deutsch-Britische Stiftung jetzt ihren Gründungszweck – die Förderung des Wissensaustauschs über *Best-Practice*-Modelle zwischen beiden Ländern – als hinreichend erfüllt betrachtet und die verbleibenden Ressourcen einer bedeutenden Forschungsinitiative zum Thema *Nachhaltiges Wachstum für Europa (csge)* widmet.

Diese Bereitschaft der Stiftung, auf sich ändernde Bedingungen zu reagieren, diente auch als Leitmotiv für die Veranstaltungen im November und Dezember 2007, bei denen in Berlin und London Zwischenbilanzen der Initiative gezogen wurde. Wie werden wir den Herausforderungen einer Welt im Wandel gerecht, ohne die wichtigsten Errungenschaften unserer Gesellschaft zu gefährden? Das ist die Grundfrage – auf politischer Ebene ebenso wie für jeden einzelnen Bürger. Ein solcher Wandel rüttelt an bestehenden Institutionen und bringt unvermeidbare Umbrüche mit sich. Wir werden unseren Lebensstil in großem Ausmaß ändern müssen und die Last dieser Umstellung muss gerecht verteilt werden. Die Forschung spielt eine Schlüsselrolle bei den notwendigen Veränderungen. Alle vier Programme der *csge*-Initiative werden zum besseren Verständnis der Frage beitragen, wie sich das Bedürfnis nach Wachstum mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in Einklang bringen lässt.

Als die Deutsch-Britische Stiftung vor einigen Jahren mit Beginn der Initiative zugleich die Wichtigkeit des Nachhaltigkeitsgedankens für Umwelt und soziale Ressourcen in die öffentliche Diskussion brachte, war sie damit Vorreiter. Bereits vor dem Stern-Report, vor Al Gore und dem Friedensnobelpreis hat die *csge*-Initiative die Notwendigkeit erkannt, die Forschung zur Nachhaltigkeit



Stephanie Flanders

von Umweltressourcen mit der aktuellen Diskussion über Wirtschaftswachstum verbinden. Heute ist man diesem Zusammenhang gegenüber aufmerksamer geworden. Dass er die Debatte in Berlin und London beherrschte, überraschte deshalb nicht. Sowohl Prof. Dr. Andreas Troge, der Präsident des Umweltbundesamtes, als auch Jim Murphy, britischer Europa-Minister, betonten, wie wichtig die kürzlich vereinbarten EU-Klimaziele und die Pläne zum EU-Emissionshandel seien.

Umweltthemen spielten eine herausragende Rolle. Dennoch werde ich das Gefühl nicht los, dass wir die makroökonomische Problematik nicht wirklich an der Wurzel gepackt haben. Wie wir aus der Podiumsdiskussion gelernt haben, brauchen wir technologischen Fortschritt und eine effektivere Produktionsleistung, um den Umweltschutz zu verbessern, zugleich wird immer deutlicher, dass die reichen Länder ihren Verbrauch reduzieren müssen. Das Bruttosozialprodukt wird weiter ansteigen, aber wir müssen einen größeren Teil als bisher in den Umweltschutz investieren und einen viel größeren Anteil anderen Ländern zukommen lassen. Oder, anders ausgedrückt: Wir müssen eine Umverteilung des jetzigen globalen Konsums vornehmen. Globale Nachhaltigkeit können wir nur dann erreichen, wenn wir gleichzeitig auf eine ausgewogenere, globale Entwicklung hinarbeiten.

Entsprechende Veränderungen in den Strukturen der Volkswirtschaften zu erreichen, verlangen der deutschen und der britischen Regierung und jedem anderen Land große Anstrengungen ab. Wie können die Forschungsergebnisse der csge-Initiative dazu beitragen, solche Fragen zu klären? Dazu möchte ich nur zwei Themen herausstellen, die auf der Konferenz deutlich wurden. Erstens: die Verknüpfung von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zu oft wurden diese beiden Bereiche als unvereinbar betrachtet. Für Wirtschaftspolitik sind die Finanz- und Wirtschaftsministerien zuständig. Die Sozialpolitik wird von den Ministerien bestimmt, die das Geld ausgeben. Aber die Rentenfrage etwa muss in einem Gesamtzusammenhang gesehen werden. Renten sind nicht nur wichtig für die volkswirtschaftliche Stabilität, sondern wirken sich auch auf das Leben sehr vieler Menschen aus. Darüber hinaus spielen Renten – nicht zuletzt in der Debatte über unseren künftigen Lebensstandard – eine Schlüsselrolle in jeder Art von Generationenvertrag. Bei der Gestaltung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik müssen die EU-Länder die Auswirkungen auf Arbeitsmärkte und Volkswirtschaften ebenso berücksichtigen wie die Auswirkungen auf soziale Zusammenhänge und auf die Umwelt. Wenn



Sir Michael Arthur, britischer Botschafter, begrüßt die Gäste in Berlin

wir über die Einführung von Ökosteuern diskutieren, müssen wir gleichzeitig die Schwierigkeiten bedenken, sie sinnvoll zu verteilen. Nachhaltigkeit ist sowohl ein soziales als auch ein ökologisches Anliegen.

Das zweite Thema ist die Identifizierung der wichtigsten Akteure. Aufgabe der Stiftung ist es, politische Entscheidungsprozesse voranzutreiben und den Austausch zwischen Forschung und Praxis anzuregen. In den vergangenen 35 Jahren haben sich diese Entscheidungsprozesse verändert. Zweifellos gehört die EU heute zu den führenden Weltmächten. Sie entwickelt sich – trotz aller Schwierigkeiten, gemeinsame Entscheidungen für so viele Mitgliedsländer zu treffen – mehr und mehr zum Ort politischer Gestaltungskraft. Es hat auch eine Machtverteilung nach unten eingesetzt: auf regionale und kommunale Regierungsebenen, die nun größere Entscheidungsbefugnisse haben. In dieser Hinsicht ähnelt das heutige Großbritannien mehr als ehedem der Bundesrepublik Deutschland. Aber Politik wird nicht nur von Politikern gemacht. Die Forschungsarbeit für die csge-Initiative stellt deshalb die Schlüsselrolle heraus, die Manager, Sozialpartner und Familien innehaben. Wir müssen die Mechanismen, die den Wandel bestimmen und ermöglichen, besser verstehen lernen.

Im Hinblick auf diese Themen sind wir gespannt auf die endgültigen Forschungsergebnisse der csge-Initiative.

Der wissenschaftliche Beirat, dem ich vorstehe, war an der Auswahl und Entwicklung der Forschungsprogramme beteiligt. Daher möchte ich mich zum Schluss bei den Mitgliedern des Beirates für die hilfreiche und konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Die Mitglieder des Akademischen Beirats sind:

- Professor Sir Tony Atkinson, Nuffield College, Universität Oxford (*Vorsitzender*)
- Professor Lars Calmfors, Universität Stockholm
- Professor Wendy Carlin, University College London
- Professor Roland Clift, Universität von Surrey
- Professor Dr. Anita Pfaff, Universität Augsburg
- Professor Chiara Saraceno, Wissenschaftszentrum Berlin und Universität Turin
- Professor Dr. Udo Simonis, Wissenschaftszentrum Berlin



Debatte im Europa-Saal des Auswärtigen Amtes, Berlin

Die Eröffnungsreden

Professor Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes: ‚Ein New Deal für Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung‘

(Professor Troge vertrat Staatssekretär Matthias Machnig vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der wegen parlamentarischer Verpflichtungen verhindert war.)

Zum Auftakt der Berliner Veranstaltung richtete Professor Troge das Augenmerk auf das Spannungsverhältnis zwischen Nachhaltigkeit, Wirtschaftspolitik und technologischer Entwicklung: „Ohne wirtschaftlichen Erfolg geht es auch beim Umweltschutz nicht voran. Umgekehrt hängt die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums davon ab, dass es uns gelingt, die rapide zunehmenden Umweltprobleme in den Griff zu bekommen.“

Analog zu Roosevelts *New Deal* der 1930er Jahre, so seine These, sind wir jetzt dringend gefordert, alle Kräfte zu mobilisieren, um die drohende globale Klimakrise zu verhindern. Er benannte mehrere ‚Megatrends‘, die die ökologische Problematik weiter verschärfen:

- die zunehmende Industrialisierung, der technologische Fortschritt und die Liberalisierung des Welthandels,
- das Weltwirtschaftswachstum – bis 2030 sei mit durchschnittlich drei Prozent jährlich zu rechnen, mit China, Indien und Indonesien als wichtigsten Wachstumsmotoren,
- der Bevölkerungszuwachs und die zunehmende Urbanisierung – 2050 müsse der Planet voraussichtlich 9,2 Milliarden Menschen ernähren, mehr als die Hälfte davon in Asien.

Gepaart mit der unaufhörlich steigenden Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen könnte das bis 2050 zu einer Verdoppelung des Ausstoßes an Treibhausgasen, zunehmender Umweltverschmutzung und fortschreitender Verknappung von Rohstoffen führen.

Wird der Klimawandel nicht aufgehalten, werden sich die Kosten laut Sir Nicholas Stern auf mindestens fünf, möglicherweise aber sogar 20 Prozent und mehr des jährlichen globalen BIP belaufen. Dagegen würden Maßnahmen zum Klimaschutz lediglich ein Prozent des jährlichen globalen BIP kosten. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, jetzt zu handeln, um die derzeit günstigen Bedingungen zu nutzen und einen *New Deal* für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung aufzulegen.



Andreas Troge

Die EU hat während des deutschen Ratsvorsitzes historische Beschlüsse gefasst:

- die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 Prozent – wenn andere Industrieländer vergleichbare Einsparungen erzielten, sogar um 30 Prozent – zu reduzieren,
- die Energieeffizienz deutlich zu steigern, nämlich um 20 Prozent bis 2020,
- den Einsatz erneuerbarer Energien zu verdreifachen, ebenfalls bis 2020.

Das Ziel einer 30-prozentigen Minderung der CO₂-Emissionen ist ehrgeizig, aber erreichbar, und es macht deutlich, dass die Zeit für kleine schrittweise Veränderungen vorbei ist. Wenn das Einsparungsziel der EU tatsächlich auf 30 Prozent angehoben wird, hat sich Deutschland – als der größte europäische Emittent – die besonders ehrgeizige Aufgabe gestellt, seine Emissionen gegenüber 1990 um 40 Prozent zu reduzieren.

Der Klimawandel geht aber nicht nur den Staat etwas an. Alle, Industrie und Handel, Landwirtschaft und Verbraucher, haben eine wesentliche Rolle zu spielen. Professor Troge skizzierte einige der notwendigen Maßnahmen, die in Deutschland bereits in Gang gesetzt wurden. Der öffentliche Sektor sollte seine Kaufkraft nutzen, um energieeffiziente Technologien zu fördern, ältere Gebäude sollten nachgerüstet werden, um ihren Energieverbrauch zu halbieren, die Nutzung erneuerbarer Energien muss verstärkt werden, es müssen Kraftstoffverbrauchsnormen entwickelt werden, um die Nutzung energieeffizienter Fahrzeuge zu fördern, und es sollte ein Bonussystem eingerichtet werden, um der Industrie Anreize zur Energieeinsparung durch Kraft-Wärme-Kopplung zu geben. Auf der positiven Seite eröffnen die neuen Umweltechnologien und -dienstleistungen auch enorme Möglichkeiten. Der weltweite Markt hierfür wird sich voraussichtlich bis 2020 mehr als verdoppeln und damit auch immer mehr neue Arbeitsplätze entstehen lassen – schon heute wächst die Zahl der Beschäftigten im Bereich der Umweltechnologie in Deutschland um mehr als 13 Prozent pro Jahr.



Debatte in der Locarno Suite im Foreign & Commonwealth Office, London



Jim Murphy



Podiumsteilnehmer Soskice, Kretschmer, Flanders, Ekins und Clasen

Der *New Deal* kommt Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung zugute. Er wird allen etwas abverlangen, aber auch rundum Vorteile mit sich bringen:

- neue Wachstumsmöglichkeiten
- neue Arbeitsplätze in den Umwelttechnologien
- größere Energieversorgungssicherheit bei geringerer Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen
- eine günstigere Handelsbilanz aufgrund rückläufiger Energieimporte
- größere soziale Gerechtigkeit, denn wenn nichts zur Eindämmung der Emissionen unternommen wird, würden die steigenden Rohstoffpreise die einkommensschwächeren Gruppen besonders hart treffen
- eine Senkung des internationalen Konfliktpotenzials, bedingt durch die strategische Bedeutung einer gesicherten Energieversorgung und natürlich
- ein stabileres Klima, da die Treibhausgasemissionen reduziert würden.

Ein *New Deal*, der auf Deutschland beschränkt bleibt, reicht allerdings nicht aus. Die größte Herausforderung an die Politik besteht darin, einen umfassenden globalen Pakt zu schnüren. Beim Klimaschutz geht es um globale Gerechtigkeit, und die lässt sich nicht auf eine einfache ‚Lastenteilung‘ reduzieren. Der deutsche *New Deal* muss mit seiner wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Dimension die Grundlagen für ein neues globales Entwicklungsmodell schaffen.

Jim Murphy, Staatsminister für Europa, Foreign & Commonwealth Office: ‚Ein *New Deal* für Europa‘

Jim Murphy bezog sich eine Woche später in London ebenfalls auf Roosevelts *New Deal* sowie auf den *New Deal* der britischen Labour-Regierung von 1997. Er forderte einen ‚*New Deal* für Europa‘, der unseren weiteren Erfolg sichern helfe. „Wir brauchen einen *New Deal*, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, den Blick nach außen auf die übrige Welt zu richten, uns der gemeinsamen Verantwortung für die Klimasicherheit zu stellen und den Übergang zu einer CO₂-armen Weltwirtschaft voranzutreiben. Das ist unsere Vision eines globalen Europas – eines Europas, das auf Offenheit, Fairness, Gleichberechtigung und Zusammenarbeit aufgebaut ist.“

Es seien zwar die nationalen Regierungen, die sich der Schaffung gerechterer Gesellschaften in ganz Europa anzunehmen hätten, doch komme der EU hier eine wichtige Rolle zu. „Genau so wie bei der Klimasicherheit muss die EU auch bei ihrem Engagement für freien Handel und offene Märkte mit gutem Beispiel vorangehen. Eine dynamische europäische Wirtschaft belohnt harte Arbeit, sie kann Chancen für alle schaffen, ungeachtet ihres jeweiligen sozialen Hintergrunds, Armut und Not lindern und die wachsenden Ambitionen der heutigen jungen Europäer erfüllen.“

Auf nationaler Ebene seien alle mit der Herausforderung eines alternden und schrumpfenden Arbeitskräftepotenzials konfrontiert. „Das hohe Maß an Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Inaktivität, unter dem Großbritannien in den 80er Jahren zu leiden hatte und das in einigen Teilen Europas noch heute gegeben ist, können wir uns nicht leisten.“ Gegen die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen, Alleinerziehenden, über 50-Jährigen und Menschen mit Behinderungen sei bereits vorgegangen worden. Jetzt müsse die britische Regierung sich der Armut annehmen – sowohl der finanziellen Armut als auch der Armut an Ambitionen. Wie Jim Murphy ausführte, müssen die sozialen Sicherungssysteme als aktives Instrument zur Integration genutzt werden, das den Menschen dabei hilft, ins Berufsleben zurück zu finden. Das bedeutet, jedem Kind die Chance zu geben, das gesamte Spektrum seiner Fähigkeiten zu erschließen – und jedem Erwachsenen eine zweite Chance, seine beruflichen Fähigkeiten zu entwickeln.

„Auf europäischer Ebene haben wir in der Lissabon-Agenda eine Zehnjahres-Strategie, die den Europäern neue Chancen eröffnet. Es ist eine Strategie für bessere Arbeitsplätze, Wohlstand und berufliche Fähigkeiten für

das ganze Leben. (...) Eine Strategie, bei der es nicht um Abstimmungsmodalitäten oder Kommissarsposten geht, sondern um die beruflichen Chancen für unsere Bürger, darum, ihre Fähigkeiten zu verbessern und die Ambitionen zu steigern, darum, Europa in Sachen Innovation und Forschung wieder zu einem Zentrum von Weltrang zu machen.“ Um in der neuen wissensintensiven globalen Wirtschaft bestehen zu können, muss der langfristige Bedarf an beruflichen Fähigkeiten EU-weit überprüft werden. Die Aufwendungen im sozialen Bereich müssen gezielt da eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen bringen.

„Die wirtschaftlichen Indizien sprechen dafür, dass es ungeachtet der enormen Größe der Herausforderung, die der Klimawandel darstellt, sowohl technisch machbar als auch wirtschaftlich ratsam ist, sich ihr zu stellen. Europa kann zeigen, dass wirtschaftliche Leistung und Klimasicherheit durchaus vereinbar sind. Wir können den größten geregelten Markt, den es je gegeben hat, dazu nutzen, bedeutende Märkte für innovative Güter zu schaffen, die den Energieverbrauch reduzieren. Wir können mit Emissionsrechten handeln und Maßnahmen ergreifen, die zu einer radikalen Senkung des europäischen CO₂-Ausstoßes führen.“

Das Emissionshandelssystem dient schon jetzt als Vorbild für den Aufbau eines globalen CO₂-Marktes. Können wir auch die Politik, die Finanzmittel und die Innovationen liefern, um die übrigen Bedingungen einer Zukunft mit geringem CO₂-Ausstoß und hohem Wachstum zu schaffen? Das Klima ist ein genau so wichtiger Faktor für unser Wohlergehen wie sichere Arbeitsplätze und ein starkes soziales Rahmenwerk. Europa muss an allen drei Komponenten arbeiten. (...) In Wirklichkeit gibt es keine soziale Gerechtigkeit und keinen wirtschaftlichen Erfolg, wenn nicht auch klimaverantwortlich gehandelt wird. Diese Dinge hängen alle miteinander zusammen. Und mit starken wirtschafts- und umweltpolitischen Maßnahmen werden wir einen *New Deal* für Europa schmieden. Eine neue Ära sozialer Gerechtigkeit und globaler Verantwortung.“

Der vollständige Text der Rede des Europa-Staatsministers befindet sich auf der Website des Foreign & Commonwealth Office unter <http://www.fco.gov.uk/servlet/Servlet?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029391629&a=KArticle&aid=1196169267679&year=2007&month=2007-12-01>

Die csge-Programme

Die Koordinatoren der vier Programme, die zur Forschungsinitiative *Nachhaltiges Wachstum für Europa* gehören, stellten bei den beiden Veranstaltungen die Themen ihrer Arbeit kurz vor.

Professor Tobias Kretschmer – Produktivität und Wachstum in Europa, Amerika und Asien

Warum verlief das Wachstum der europäischen Produktivität in den letzten zehn Jahren so enttäuschend? Das ist eine zentrale Frage der britischen ebenso wie der deutschen Regierung, die zur Finanzierung besserer öffentlicher Dienstleistungen und zur Erhöhung der Beschäftigung darauf hoffen, das nötige Wachstum zu erzielen. Analysen des amerikanischen ‚Produktivitätswunders‘ seit 1995 haben gezeigt, dass Managementpraktiken, Informationstechnologien und Innovation eine zentrale Rolle spielen. Weiterhin werden die Auswirkungen des Produktivitätswettlaufs untersucht. Geht eine höhere Produktivität zwangsläufig zu Lasten der Umwelt oder gibt es auch *Win-win*-Szenarien?

Die erste Schlüsselfrage lautet daher: ‚Was ist die Ursache für das langsamere Produktivitätswachstum in Europa und was kann zur Verbesserung getan werden?‘ Die Hypothese ist, dass das Management der europäischen Firmen wesentlichen Anteil daran hat und der Fähigkeit zu Innovation, Nutzung neuer Informationstechnologien und Reaktion auf die Herausforderungen der Globalisierung abträglich ist. Im Rahmen des Programms erfolgt nun erstmals eine rigorose länderübergreifende empirische Untersuchung dieser Faktoren; aktuelle Datensätze zu Europa, Amerika, China und Indien werden zusammengestellt.

Natürlich ist ein nach konventionellen Maßstäben bemessenes Wachstum nicht immer wünschenswert, und es können schädliche Folgen für die Umwelt auftreten, wie z. B. der Klimawandel, die schädliche Wirkung von Industrieabfällen und die exzessive Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Daraus ergibt sich die zweite Schlüsselfrage: Welche politischen Maßnahmen können zur Förderung eines umweltverträglichen Produktivitätswachstums beitragen? Die Hypothese lautet, dass es kein fest geschriebenes Gesetz ist, dass ein Zuwachs an Produktivität unweigerlich negative Folgen für die Umwelt haben muss, und dass es möglicherweise zahlreiche kreative *Win-win*-Situationen gibt. So könnten zum Beispiel Firmen mit einem besseren Management gleichzeitig höhere Produktivität und einen besseren Schutz der Umwelt erreichen.



Podiumsteilnehmer Kretschmer, Afheldt und Ekins

Professor Paul Ekins – Ressourcenproduktivität, Ökologische Steuerreform und nachhaltiges Wachstum in Europa

Dieses Programm verknüpft das Konzept der Ressourcenproduktivität mit dem der ökologischen Steuerreform. Daraus ergeben sich ganz neue Erkenntnisse über die Voraussetzungen für ein ökologisch und ökonomisch nachhaltiges Wachstum und zu der Frage, wie die Politik dies am besten unterstützen kann. Auf europäischer Ebene trägt es dazu bei, dass die Lissabon-Strategie und die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung gemeinsam verfolgt werden.

Dabei werden die langfristigen Zusammenhänge zwischen Energie, Ressourcenkosten und Ressourcennutzung im Kontext von Umweltqualität, Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit untersucht. Weiterhin werden die Auswirkungen der bisher umgesetzten ökologischen Steuerreformen auf Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit sowie die mittelfristigen Implikationen dieser Reformen in Großbritannien und Deutschland für die nationale, die europäische und die Weltwirtschaft beleuchtet. Von den Ergebnissen erhofft man sich Antworten darauf, ob ökologische Steuerreformen in der Lage sind, Wachstum und Beschäftigung zu erhöhen und gleichzeitig lokale und globale Umweltauswirkungen zu mindern. Daraus wiederum sollen Schlussfolgerungen gezogen werden, wie künftige ökologische Steuerreformen in den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten gestaltet werden sollten.

Erstmalig wird unter diesem Programm eine umfassende vergleichende Analyse ökologischer Steuerreformen und ihrer ökonomischen und ökologischen Implikationen für die EU (einschließlich Osteuropas) und die Welt erstellt. Außerdem soll es sich auch mit der Frage befassen, in welcher Weise ökologische Steuerreformen in Europa dazu beitragen könnten, das Marktversagen in drei Bereichen zu beheben:

- hohe Arbeitslosigkeit in einigen Ländern
- die Tendenz zur Übernutzung von Gemeinschaftsgütern wie Luft und Wasser
- zu geringe Investitionen in neue Technologien.

Eine Lösung wäre es, die Nutzung dieser Gemeinschaftsressourcen zu verteuern und mittels der erzielten Einnahmen Arbeitskosten zu reduzieren und die Entwicklung neuer ressourcenschonender Technologien zu subventionieren.



Podiumsteilnehmer Soskice, Kretschmer und Flanders

Professor David Soskice (Ko-Direktion mit den Professoren Stephen Machin und Christian Dustmann) – Ökonomische und politische Aspekte von Beschäftigung, Migration und sozialer Gerechtigkeit

In Großbritannien und den USA haben die sozialen Unterschiede in den letzten zwanzig Jahren rapide zugenommen, aber die Forschungsergebnisse dieses Programms zeigen, dass dies auch in (West-) Deutschland teilweise der Fall war. Das Programm untersucht, wie nicht nur Einkommensunterschiede sondern auch der Bildungsabschluss und evt. Freiheitsstrafen die sozialen Unterschiede verstärken können. Untersucht werden außerdem, Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Institutionen (Politik, Bildung, Strafjustiz, Gewerkschaften) und sozialen, demografischen und wirtschaftlichen Faktoren.

- Bisher galt die Annahme, dass sich die Lohnschere in Deutschland im Laufe der 1990er Jahre geöffnet hat. Neue Fakten belegen, dass die Einkommensunterschiede schon in den 1980er Jahren größer geworden sind – wenngleich zunächst nur in den oberen und dann ab den frühen 1990er Jahren sowohl in den oberen als auch den unteren Lohngruppen. Der *Skills-bias* von technologischen Veränderungen verstärkt die Unterschiede am oberen, Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen am unteren Ende der Lohnskala.
- Unterstützt oder behindert das Arbeitslosengeld die geografische Mobilität der Arbeitskräfte? Die bisherige These lautet, dass Arbeitslosengeld einerseits die Mobilität reduziert und ein negativer Anreiz für die Arbeitssuche ist, dass es aber andererseits auch mobilitätsfördernd wirken kann, wenn mehr Geld für die Arbeitssuche zur Verfügung steht. Die Resultate der 1997 in Deutschland eingeführten verkürzten Bezugsdauer lassen darauf schließen, dass eine längere Bezugsberechtigung die Mobilität und die Wahrscheinlichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, reduziert.
- Welche Auswirkung hat die frühe Zuordnung zu einem Schulzweig (im Alter von 10 Jahren) auf die Bildungsergebnisse der Schüler? Bislang galt die Annahme, dass unterschiedliche Schulzweige eine gezieltere und effektivere Bildungsvermittlung bewirken. Allerdings kann es dabei zu einer Fehlzuordnung begabter, aber sozial benachteiligter Schüler kommen. Untersuchungen zu verschiedenen mehrgliedrigen Schulsystemen in England und Nordirland und die Auswertung administrativer Daten für Deutschland zeigen, dass unreifere Schüler bei mehrgliedrigen Systemen falsch zugeordnet werden können, dies durch institutionelle Flexibilität jedoch korrigierbar ist.



Podiumsteilnehmer Ekins und Clasen

Professor Jochen Clasen – Nachhaltige Wohlfahrt und nachhaltiges Wachstum: Auf dem Weg zu einem neuen sozialen Arrangement?

Mit welchen sozio-ökonomischen Herausforderungen sehen sich der deutsche und der britische Wohlfahrtsstaat konfrontiert und in welchen Bereichen lassen sich die traditionellen Modelle anpassen? So befasst sich das Programm z. B. bei der Familienpolitik mit der Frage, wie sich veränderte Familienstrukturen (Demographie, Haushaltsgründung, Betreuungsstrukturen) mit den Bestrebungen der Politik für eine maximale Elternpartizipation auf dem Arbeitsmarkt vereinbaren lassen (Kinderbetreuung, Bildung, ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Privatleben). Es wird untersucht, inwieweit die Unternehmen mehr Verantwortung für die Rentenvorsorge übernehmen könnten, so dass eine Alterseinkommenssicherung für viele, statt nur für wenige Beschäftigte erzielt wird. Die ‚soziale Nachhaltigkeit‘ von Wohlfahrt hat auch eine politische Dimension. So stellt sich z.B. die Frage, ob neue Formen der Alterssicherung aus Sicht der mittleren Einkommensgruppen (als Steuerzahler) und der Arbeitgeber (als Rentenzahler) nachhaltig sind.

In Bezug auf soziale Gerechtigkeit geht es um die Frage, wie weit die normative Orientierung auf soziale Gerechtigkeit, die Rolle des Staates im Sozialschutz und traditionelle Vorstellungen von sozialer Solidarität der derzeitigen Politik entsprechen, die das Spektrum der Wohlfahrtsanbieter erweitern und die Rolle marktorientierter Prinzipien stärken will. Ob die Reformen von der breiten Wählerschaft akzeptiert und unterstützt werden, ist deshalb so entscheidend, weil die Legitimität sozialstaatlicher Reformen in starkem Maße davon abhängt, dass die soziale Solidarität als Ressource für einen neuen Politikmix im Bereich der Wohlfahrt nachhaltig gewahrt bleibt.

Die Familienpolitik wird noch unter zwei weiteren Gesichtspunkten untersucht: Veränderungen bei Familienformen (Demografie etc.) und -verhalten sowie -präferenzen (Berufstätigkeits- und Betreuungsmuster, Haushaltsstrukturen) sowie Änderungen in der Familienpolitik (veränderte Politik-Orientierung, -Akteure und -Prioritäten). Die Untersuchung soll klären, inwieweit die Trends in diesen beiden Bereichen kompatibel sind oder zu Spannungen führen könnten. Arbeiten zur Vorschulerziehungs- und Betreuungspolitik weisen auf ähnliche potenzielle Konflikte hin.



Dies Foto und die folgenden Fotos: diskurierfreudiges Publikum

Schlussfolgerungen aus der Debatte

Im Anschluss an die Präsentationen beteiligte sich eine große Zahl geladener Experten an den Diskussionen, die im Folgenden zusammengefasst werden.

Ist es zu spät?

Zuhörer-Kommentar

Schon der Titel der Forschungsinitiative der Deutsch-Britischen Stiftung legt nahe, dass die enorme Kürzung der CO₂-Emissionen, die erforderlich ist, auch mit Wirtschaftswachstum kompatibel ist. Es bleibt nur wenig Zeit, um den kommenden Generationen einen bewohnbaren Planeten zu hinterlassen. Der einzige Weg zur Lösung des Problems sind Emissionskürzungen in der gesamten Welt.

Antwort des Podiums (Prof. Kretschmer)

Theoretisch ist Wirtschaftswachstum auch ohne negative Umweltfolgen möglich. Und ohne Wachstum ist es unwahrscheinlich, dass die technische Entwicklung erfolgt, die wir brauchen, um den Umweltschutz zu verbessern.

Wie können wir die Kosten der Umweltfolgen beziffern?

Zuhörer-Kommentar

Herkömmliche Kostenrechnungen lassen die Umweltauswirkungen des Marktgeschehens außer Acht. Wir müssen ein ökologisches Preisbildungssystem entwickeln, bei dem die Kosten der Umweltfolgen, die eine Ware und Dienstleistung verursacht, zumindest teilweise in ihrem Preis reflektiert wird.

Antwort des Podiums (Prof. Ekins)

Bei der Nachhaltigkeit spielt neben der ökonomischen Dimension auch die der sozialen Gerechtigkeit eine Rolle. Kombinierte Indikatoren, die Nachhaltigkeits-, ökologische und soziale Variablen umfassen, könnten bei der Messung des BIP als zweite Trendlinie dienen.

Ist eine CO₂-Steuer alles, was wir brauchen?

Zuhörer-Kommentar

Nimmt man die Berechnungen des Stern-Report zu a) den Kosten der Temperaturstabilisierung (1% des weltweiten BIP) und b) der Obergrenze der für eine Erwärmung um maximal 2°C zulässigen CO₂-Emissionen als Grundlage für die Berechnung der Emissionskosten, erhalten wir einen Tonnenpreis von 30€ für die Emissionsrechte, ‚um den Planeten zu retten‘. Die Fähigkeit der Atmosphäre, Treibhausgase zu absorbieren, ist ein kostbares Gut und sollte einen entsprechenden Preis haben. Eine Preisbildung in dieser Weise genügt – wir brauchen keine anderen Formen der Regulierung.



Antwort des Podiums (Prof. Ekins)

Die Märkte selbst ordnen den Emissionen keinen Preis zu. Nur durch Maßnahmen der Regierung kann ein dauerhaft höherer CO₂-Preis erzielt werden. Das Preisinstrument ist nicht so wirksam wie es sein könnte. Es würde z. B. nicht viel kosten, der Stern-Empfehlung zu folgen, die Abholzung von Wäldern einzuschränken und damit CO₂-Emissionen einzusparen. Allerdings spielen bei der Abholzung sehr komplexe und mächtige soziale, wirtschaftliche und kulturelle Faktoren eine Rolle, die es politisch sehr schwierig machen, die Abholzung zu beschränken. Außerdem ist festzustellen, dass es in einer Demokratie weder möglich noch moralisch vertretbar ist, eine derart radikale Politik wie diese nur durch den Marktmechanismus der Preisbildung zu implementieren.

Weiterer Zuhörerkommentar

Es gibt drei wesentliche Gründe, warum eine einfache CO₂-Steuer nicht ausreichend wäre:

- Niemand weiß, wie hoch sie wäre.
- Sie müsste von Jahr zu Jahr angepasst werden, da die ersten 10 Prozent der CO₂-Einsparungen leichter und billiger zu erzielen sind als die zweiten 10 Prozent usw.
- Sie würde von Staat zu Staat unterschiedlich ausfallen, was den Handel beeinträchtigen würde.

Antwort des Podiums (Prof. Ekins)

Wenn der Schaden durch die CO₂-Emissionen von Jahr zu Jahr größer wird, wäre es vernünftig, die CO₂-Steuer entsprechend anzuheben. Die Höhe der Steuer im Vorhinein bekannt zu geben, würde der Wirtschaft die nötige Planungssicherheit geben. Der Emissionshandel ist nur die zweitbeste Lösung. Insgesamt ist für einen nachhaltig höheren CO₂-Preis ein gewisses Maß an politischem Konsens entscheidend.

Haben wir Glück und Zufriedenheit vergessen?

Zuhörer-Kommentar

Bei der Forschung zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum müssen die neueren sozialwissenschaftlichen Konzepte von Zufriedenheit und Glück mit berücksichtigt werden.

Antwort des Podiums (Prof. Ekins)

Wir müssen herausfinden, welche Faktoren die Zufriedenheit mehrten und unsere Politik gezielt danach ausrichten. Soziale und kulturelle Haltungen sind wichtig. Ein Beispiel ist die Zahl der Stunden, die täglich mit Arbeit verbracht werden – angelsächsische Analysten neigen dazu, eine geringere Stundenzahl mit Faulheit gleichzusetzen.

Welche politische Balance ist erforderlich?

Zuhörer-Kommentar

Brauchen wir soziale Nachhaltigkeit, um bei der ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit voranzukommen? Können die Regierungen mehr Umweltgesetze durch weniger Eingriffe im Sozialbereich wettmachen?

Antwort des Podiums (Prof. Soskice)

In Großbritannien ist es einfach, Veränderungen zu erreichen, solange die Mittelschicht davon profitiert. Sicherheitsängste der Mittelschicht haben zu einer enorm vermehrten Verhängung von Freiheitsstrafen geführt, und die Bildungsreform ist so angelegt, dass sie die Wähler der Mittelschicht beruhigt, was die Qualität der staatlichen Schulen angeht. In Deutschland ist es aber viel schwieriger, den für Veränderungen nötigen breiten gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen. In Großbritannien hat es ein starkes Wirtschaftswachstum gegeben. Insgesamt haben die sozialen Unterschiede dadurch nicht abgenommen – im Gegensatz zu Dänemark und den Niederlanden, wo es gelang, starkes Wirtschaftswachstum bei moderater Ungleichheit zu erzielen.

Was sind die Ursachen sozialer Unterschiede?

Zuhörer-Kommentar

Soziale Ungleichheit wurde früher in groben Zügen definiert als der ungleiche Zugang zu Gesundheit, Bildung etc. Diese Herangehensweise scheint in der postindustriellen Gesellschaft überholt.

Antwort des Podiums (Prof. Clasen)

Zu den Faktoren, die bei dieser Veränderung eine wichtige Rolle gespielt haben, gehören u. a.:

- der Übergang von traditioneller Vollzeitbeschäftigung zu untypischen Beschäftigungsmustern, mit den entsprechenden Konsequenzen für die Rentenansprüche
- der Rückgang branchenweiter Tarifverträge (heute nur noch für einen kleinen Teil der Arbeitskräfte geltend)
- ein hohes Maß an Langzeitarbeitslosen und wirtschaftlicher Inaktivität, mit einer großen Zahl von Menschen, die nicht auf dem Arbeitsmarkt sind
- eine Bevölkerung mit immer mehr älteren Menschen, die von immer weniger Berufstätigen getragen wird
- die Auswirkungen der Zuwanderung (insbesondere in Deutschland, das vorwiegend Migranten mit geringen Fertigkeiten und niedrigem Bildungsniveau anzieht)
- die Auswirkungen der Schülerselektion in den Sekundarschulen
- der Einfluss sozialer und kultureller Institutionen – wie z. B. des Strafvollzugsystems oder der Ehe – wird in dieser Debatte meist übersehen



Text

Christopher Pick

Übersetzung

Brigitte Steinmetz

Redaktion

Annette Birkholz

Fotos

Uwe Hetzner:

Umschlagseite vorne links, Seite 1, 2 rechts, 3, 6 links, 7 links, 8 rechts, Umschlagseite hinten rechts

Mark Shenley:

Umschlagseite vorne rechts, Seite 2 links, 4, 5, 6 rechts, 7 rechts, 8 links, Umschlagseite hinten links

Layout

www.doppelpunkt.com

Druck

www.schlesener.de

Nachhaltiges Wachstum für Europa

creating sustainable growth in europe (csge)

ist eine groß angelegte Forschungsinitiative der Deutsch-Britischen Stiftung. Die Initiative untersucht die zentralen Herausforderungen, denen Europas Volkswirtschaften heute gegenüberstehen, und widmet sich der Frage, ob Wirtschaftswachstum ohne unwiderrufliche Belastungen der Umwelt und Einschränkungen der sozialen Gerechtigkeit denkbar ist.

Vier integrierte Forschungsprogramme suchen nach Lösungen, indem sie internationale Daten, Erfahrungen und Ideen bündeln und vergleichen – stets mit besonderem Blick auf die zwei größten europäischen Volkswirtschaften Deutschland und Großbritannien. Den Abschluss der Initiative werden 2009 mehrere wissenschaftliche Konferenzen, diverse Publikationen und Abschlussveranstaltungen bilden, auf denen die Ergebnisse präsentiert und diskutiert werden. Weitere Informationen unter www.agf.org.uk

Registered
Charity No. 266844

E-Mail info@agf.org.uk
Website www.agf.org.uk

Büro London

Anglo-German Foundation
34 Belgrave Square
London SW1X 8DZ
United Kingdom
Tel +44 (0)20 7823 1123
Fax +44 (0)20 7823 2324

Büro Berlin

Deutsch-Britische Stiftung
Anna-Louisa-Karsch-Str. 2
10178 Berlin
Germany
Tel +49 (0)30 2063 4985
Fax +49 (0)30 2064 8466